

Geschäftszeichen	Eingangsstempel

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Antrag

auf Gewährung einer Badekur für Personen, die die unentgeltliche Pflege eines Pflegezulagenempfängers übernommen haben (§ 12 Abs. 3 BVG)

1.	Angaben zur Person
	Anspruchsberechtigte/r <input type="checkbox"/> Ehepartner/in <input type="checkbox"/> Witwe/r <input type="checkbox"/> Elternteil <input type="checkbox"/> Lebenspartner/in unbezahlte Pflegekraft eines Pflegezulagenempfängers/-empfängerin
	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
	Name, ggf. Geburtsname <input style="width: 150px;" type="text"/> Vorname <input style="width: 100px;" type="text"/>
	Geburtsdatum <input style="width: 100px;" type="text"/> Geburtsort – Kreis – Land <input style="width: 150px;" type="text"/> Staatsangehörigkeit <input style="width: 100px;" type="text"/>
	Familienstand: <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit: <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft beendet/aufgehoben
	Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt Straße, Hausnummer <input style="width: 150px;" type="text"/>
	PLZ <input style="width: 100px;" type="text"/> Wohnort <input style="width: 100px;" type="text"/> telefonisch tagsüber zu erreichen unter: <input style="width: 100px;" type="text"/>
2.	<input type="checkbox"/> Bevollmächtigte/r ODER: <input type="checkbox"/> gesetzliche/r Vertreter/in * <input type="checkbox"/> bestellte/r Betreuer/in * (* Bei Minderjährigen und Personen, für die ein Betreuer oder Pfleger bestellt ist.) Bitte Name, Vorname und Anschrift des Vertreters oder Betreuers oder Bevollmächtigten angeben. (Ggf. bitte Bestattungsurkunde oder Betreuungsausweis oder Vollmacht in Kopie beifügen.) Name <input style="width: 150px;" type="text"/> Vorname <input style="width: 100px;" type="text"/> Straße, Hausnummer <input style="width: 150px;" type="text"/> PLZ <input style="width: 100px;" type="text"/> Wohnort <input style="width: 100px;" type="text"/>
3.	Angaben zum pflegebedürftigen Versorgungsberechtigten
3.1	Der pflegebedürftige Versorgungsberechtigte erhält bzw. erhielt Leistungen nach dem <input type="checkbox"/> BVG <input type="checkbox"/> OEG <input type="checkbox"/> AntiDHG <input type="checkbox"/> IfSG <input type="checkbox"/> ZDG <input type="checkbox"/> HHG <input type="checkbox"/> StrRehaG <input type="checkbox"/> VwRehaG Versorgungsamt: <input style="width: 100px;" type="text"/> Az.: <input style="width: 100px;" type="text"/> Bescheid vom: <input style="width: 100px;" type="text"/>
3.2	Der pflegebedürftige Versorgungsberechtigte hat Anspruch auf eine Pflegezulage. Stufe _____ seit: _____ Der pflegebedürftige Versorgungsberechtigte hatte Anspruch auf eine Pflegezulage. Stufe _____ von _____ bis _____
4.	Angaben zu Gesundheitsstörungen, ärztlicher Behandlung, Zugehörigkeit Krankenkasse/-versicherung
4.1	Für welche Gesundheitsstörungen ist nach Ihrer Auffassung oder der Ihrer/s behandelnden Ärztin/Arztes eine Badekur erforderlich?
4.2	Wer ist Ihre/Ihr behandelnde Ärztin/Arzt? Name <input style="width: 100px;" type="text"/> Anschrift <input style="width: 150px;" type="text"/> Telefon-Nr. <input style="width: 100px;" type="text"/>

4.3	Zugehörigkeit zu Krankenkassen und Krankenversicherungen		
	von – bis	Name – Anschrift der Krankenkasse (Bei Familienversicherten bitte entsprechende Angaben des Hauptversicherten.)	Versicherungs-Nr.
<input type="checkbox"/> Pflichtmitglied <input type="checkbox"/> freiwilliges Mitglied <input type="checkbox"/> familienversichertes Mitglied <input type="checkbox"/> privat versichert			
5.	Sind Sie berufstätig?		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, als: _____			
6.	Haben Sie in den letzten drei Jahren eine der aufgeführten Maßnahmen durchgeführt?		
		von – bis	Name – Anschrift der Einrichtung/Klinik
	<input type="checkbox"/> Kurmaßnahme		
	<input type="checkbox"/> stationäre Behandlung in Rehabilitationseinrichtung		
	<input type="checkbox"/> Anschlussheilbehandlung		
<input type="checkbox"/> ambulante Reha-Maßnahme			
Wer hat die Kosten getragen oder bezuschusst?			
7.	Haben Sie einen Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht gestellt?		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Anschrift der Behörde _____			
GZ: _____			
8.	Die Reise zum/vom Kurort erfolgt grundsätzlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln.		
	Sollte es zu einer Bewilligung der von mir beantragten Maßnahme kommen, bitte ich zusätzlich um Gewährung:		
	<input type="checkbox"/> Begleitperson für die Reise zum Kurort und zurück		
	<input type="checkbox"/> Kurdauerbegleitung		
	<input type="checkbox"/> Hin- und Rückreise mit privateigenem Pkw		
<input type="checkbox"/> Beförderung durch Dritte			
<input type="checkbox"/> Taxibenutzung zum nächstgelegenen Bahnhof			
<input type="checkbox"/>			
9.	Falls Sie unter Ziffer 8. Zusatzleistungen beantragt haben, begründen Sie dies bitte hier kurz:		

Sie werden darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht zwangsläufig zu einer Bewilligung der unter Ziffer 8. beantragten Vergünstigungen kommen muss. Mit dem Kurbewilligungsbescheid werden Ihnen die gewährten Vergünstigungen mitgeteilt.			
10.	Erklärung		
	siehe Anlage		
Ort, Datum _____			Unterschrift _____

**Landesamt für Soziales
und Versorgung
Soziales Entschädigungsrecht**

Anlage

zum Antrag auf Gewährung einer Badekur für Personen, die die unentgeltliche Pflege eines Pflegezulagenempfangers übernommen haben (§ 12 Abs. 3 BVG)

Name: _____ Geschäftszeichen: _____

Fragebogen zur Einkommensprüfung

Leisten Sie die Wartung und Pflege des Pflegezulagenempfangers unentgeltlich?

nein ja, seit / Dauer: _____

1. Sind Sie berufstätig? nein ja

falls ja, im Arbeiter-/Angestelltenverhältnis
 Beamtenverhältnis

Name, Anschrift des Arbeitgebers / der Dienststelle

Höhe des monatlichen Bruttogehalt: _____ €

Erhalten Sie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, einmalige Zuwendungen oder Jubiläumszuwendungen?

nein ja, in Höhe von brutto: _____ €

Sind in dem angegebenen Einkommen Kindergeld, Kinderzuschüsse oder ähnliche Leistungen für Kinder sowie Leistungen enthalten, die mit Rücksicht auf den Familienstand gewährt werden?

nein ja, in Höhe von monatlich brutto: _____ €

als selbständiger Land- und Forstwirt

als Selbständiger mit einem jährlichen Gesamteinkommen in Höhe von: _____ €

2. Sind Sie Altersrentner/in oder Pensionär/in? nein ja

falls ja: Ich beziehe Altersrente in Höhe von brutto _____ €
 Ich beziehe Pensionsleistungen in Höhe von brutto _____ €

Name, Anschrift des Renten-/Unfallversicherungsträgers bzw. der zahlenden Stelle

3. Haben Sie sonstige Einkünfte? nein ja

falls ja: aus _____
 in Höhe von brutto: _____ €

4. Haben Sie Anspruch auf Heilbehandlung nach einem anderen Gesetz als nach dem Bundesversorgungsgesetz (z.B. nach den Vorschriften über die Heilfürsorge für Angehörige des Bundesgrenzschutzes und für Soldaten sowie Polizeivollzugsbeamte, Gesetz über den Zivildienst)?

nein ja, nach folgendem Gesetz: _____

5. Stehen Sie in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach den beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder erhalten Sie Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen?

nein ja

Hinweis nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Die vorstehend erfragten Angaben werden für die Beurteilung Ihres Anspruches auf Gewährung einer Badekur benötigt. Ihre Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 60 Sozialgesetzbuch Erstes Buch.

Ort, Datum

Unterschrift

Vom Landesamt für Soziales und Versorgung auszufüllen			
Prüfung Ausschlusstatbestand gem. § 10 Abs. 7 a, c BVG			
anrechnungspflichtige Einkünfte des VB.	monatlich		€
	jährlich		€
Die Jahresarbeitsentgeltgrenze für das Jahr _____ in Höhe von _____ € ist – nicht – überschritten.			
Ein eventuelles Einkommen aus _____			
kann unberücksichtigt bleiben, da die JAE auf keinen Fall überschritten wird.			
sachlich und rechnerisch richtig			
Im Auftrag			

Hinweise zur Beförderung

Grundsätzliches

Im Sozialen Entschädigungsrecht gilt im Zusammenhang mit der Leistungserbringung im Rahmen der Heil- und Krankenbehandlung der Grundsatz der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die Übernahme bzw. Bewilligung von Reisekosten erfolgt gem. § 24 Abs. 1 BVG i. V. m. d. BRKG. Öffentliche Verkehrsmittel sind regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel auf dem Land- und Wasserweg und Flugzeuge. Bei Nutzung von Flugzeugen gelten besondere Bestimmungen nach dem BRKG.

Sofern Sie die Nutzung eines Flugzeuges beabsichtigen ist es zwingend erforderlich, dass Sie sich bitte vorher mit dem LASV, Abt. 2 – Soziales Entschädigungsrecht, Dezernat 22, Tel. 0355 2893 139 oder 141 in Verbindung setzen.

Die Nutzung anderer Verkehrsmittel, wie die Nutzung des privaten PKW oder die Beförderung durch Dritte ist an Voraussetzungen gebunden und bedarf der Feststellung im Bewilligungsbescheid. Voraussetzungen für derartige Fahrten sind triftige Gründe bzw. eine begründete Notwendigkeit.

Definition der Transportarten

Öffentliche Verkehrsmittel
<p>Öffentliche Verkehrsmittel sind regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel auf dem Landweg (z.B. Bus, Bahn) und Wasserweg (z.B. Fähre, Binnenschiff). Die Fahrkostenerstattung erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Rechnungsbelege.</p>
Privater PKW
<p>Privater PKW bedeutet die Nutzung des eigenen PKW durch den Berechtigten für die Hin- und Rückfahrt zum Kurort und nach Hause.</p> <p>Die Fahrkostenerstattung erfolgt nach den Regelungen für die Wegstreckenentschädigung.</p>
Beförderung durch Dritte
<p style="text-align: center;">Privatperson übernimmt die Beförderung</p> <p>Der Leistungsumfang bei der Bewilligung der Beförderung durch Dritte beinhaltet bei notwendiger Begleitung die Gewährung der Wegstreckenentschädigung für die Hinfahrt zum Kurort mit Leerfahrt zurück und für die Leerfahrt zum Kurort und die Rückfahrt vom Kurort nach Hause (zur Abholung).</p> <p>Sofern keine Notwendigkeit für eine Begleitung besteht, wird die Wegstreckenentschädigung nur für eine Hin- und eine Rückfahrt gewährt.</p> <p>Die Fahrkostenerstattung erfolgt nach den Regelungen für die Wegstreckenentschädigung.</p>
<p style="text-align: center;">Taxi-/Fuhrunternehmen, Krankenfahrzeug, Krankentransportwagen</p> <p>Die Nutzung eines Taxi-/Fuhrunternehmens, Krankenfahrzeuges oder Krankentransportfahrzeuges bedarf der Notwendigkeit und Bewilligung. Es gilt der Grundsatz der Anwendung der Vergütungssätze entsprechend der aktuellen Preisvereinbarung der jeweiligen Krankenkasse, welcher der Leistungsberechtigte angehört.</p>

Hinweise zur Notwendigkeit und Eignung sowie Aufgaben einer Kurdauerbegleitung

Voraussetzung für die Kurdauerbegleitung:

Eine Begleitperson für die Dauer der Badekur (Kurdauerbegleitung) ist gerechtfertigt, wenn sich die Behinderungen der Berechtigten – der Kurpatienten – so erheblich auswirken, dass sie allein nicht imstande wären, die Badekur mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen.

Eignung und Aufgabe der Kurdauerbegleitung:

Eine Kurdauerbegleitung muss die Kurpatientin/den Kurpatienten während der Badekur auf vielfältige Weise unterstützen; eine eigene Badekur führt sie dabei selbst nicht durch.

Aufgaben einer Kurdauerbegleitung

Mit Hilfe der Kurdauerbegleitung soll ein bestmöglicher Kurerfolg erzielt werden.

Zu den **Aufgaben einer Kurdauerbegleitung** gehören neben der Begleitung auf dem Hin- und Rückweg zum/vom Kurort die Begleitung der Kurenden zu den Anwendungen und allen anderen therapeutischen Maßnahmen.

Mit dieser Hilfe, die auch gewöhnliche und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens, wie bei der Körperpflege, der mundgerechten Zubereitung der Nahrung, der Mobilität, beim An- und Auskleiden, beim Treppensteigen, beim Wiederaufsuchen des Zimmers und der Anwendungsräume etc. mit einschließt, soll ein bestmöglicher Kurerfolg erzielt werden.

Dies setzt eine gemeinsame Unterbringung von Berechtigten und Kurdauerbegleitung in derselben Einrichtung voraus.

Nur wenn die vorgesehene Kurdauerbegleitung in der Lage ist, die genannten Aufgaben unter Berücksichtigung des Umfangs bzw. der Schwere der Behinderung nachzukommen, ist sie als Kurdauerbegleitung geeignet.

Name: : _____

Geschäftszeichen: _____

Information und Erklärung zum Antrag auf Gewährung von Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären sowie dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG) und dem Unterstützungsabschlussgesetz (UntAbschIG)

Mir ist bekannt, dass im Rahmen meiner Versorgungsangelegenheit nach dem Sozialen Entschädigungsrecht zur Prüfung der Schädigungsfolgen und aller in Betracht kommenden Leistungen aktuelle Angaben über meinen Gesundheitszustand und ggf. über meine Einkommensverhältnisse benötigt werden. Soweit meine Angaben und Unterlagen für eine sachgerechte Beurteilung nicht ausreichen, ist die zuständige Versorgungsbehörde auf weitere Unterlagen und Auskünfte der mich behandelnden Ärztinnen/Ärzte und Einrichtungen und sonstigen Stellen angewiesen, auch soweit diese von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Einrichtungen erstellt worden sind.

1. Übermittlung personenbezogener Daten

Ich nehme zur Kenntnis, dass die zuständige Versorgungsbehörde meine personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 1 DSGVO), insbesondere auch Gesundheitsdaten (Art. 4 Nr. 15 DSGVO), erfasst und speichert (§ 67 c SGB X), an andere Sozialleistungsträger (zum Beispiel Krankenkassen, Agenturen für Arbeit, Renten- und Unfallversicherungsträger, Hauptfürsorgestellen) im erforderlichen und erlaubten Umfang für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung oder für die Erfüllung eigener gesetzlicher Aufgaben sowie an Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit übermitteln darf. Zur eigenen Aufgabenerfüllung darf das LASV diese personenbezogenen Daten auch an sonstige Dritte (zum Beispiel an mit medizinischer Begutachtung beauftragende Gutachter*innen) übermitteln, wenn und soweit dies erforderlich ist. Darüber hinaus darf sich die zuständige Versorgungsbehörde personenbezogene Daten von anderen Sozialleistungsträgern übermitteln lassen, soweit diese für die eigene Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind. Die gesetzliche Grundlage für die Übermittlung personenbezogener Daten sind Art. 6 und 9 DSGVO i.V.m. §§ 69 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 76 Absatz 2 Nummer 1 SGB X.

Mir ist bekannt, dass ich einer solchen Übermittlung jederzeit ohne Angabe von Gründen formlos widersprechen kann.

2. Einwilligung- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Sofern ich **Beschädigtenversorgung** beantragt habe bzw. soweit es für eine Entscheidung über meinen Antrag auf **Hinterbliebenenversorgung** notwendig ist bin ich damit einverstanden, dass die zuständige Versorgungsbehörde von den von mir im Antrag bzw. im weiteren Verfahren angegebenen oder aus den überlassenen Unterlagen ersichtlichen Ärztinnen/Ärzten, Psychologinnen/Psychologen, Krankenanstalten (auch privaten), Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, privaten Versicherungsunternehmen, Behörden (z. B. Gesundheits- und Jugendämtern), Sozialleistungsträgern (einschließlich ihrer Ärztlichen Dienste), Ermittlungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft), Gerichten und sonstigen Personen und Stellen Unterlagen (insbesondere medizinische Untersuchungsbefunde, Befundberichte, Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Krankenunterlagen, Röntgenbilder) und Auskünfte in dem Umfang einholt, wie diese Aufschluss über die geltend gemachten Tatbestände, insbesondere auch meinen Gesundheitszustand, geben können. Meine Einwilligung erstreckt sich auch auf psychische, psychoanalytische und psychotherapeutische Unterlagen und Behandlungen.

Meine Einwilligung erstreckt sich ebenfalls auf Auskünfte über meine Einkommensverhältnisse bei Arbeitgebern, Finanzämtern, Renten-, Unfall- und Sozialversicherungsträgern, Agenturen für Arbeit, Kranken- und Pflegekassen und anderen Stellen i.S.d. § 12 SGB X, sofern deren Angaben für die Entscheidung über einkommensabhängige Leistungen erforderlich sind.

Mir ist bekannt, dass die Einwilligung- und Schweigepflichtentbindungserklärung **freiwillig** ist und von mir jederzeit und ohne Angabe von Gründen **beschränkt bzw. widerrufen** werden kann. Eine nachträgliche Beschränkung oder ein Widerruf wirken sich allerdings nicht für die Vergangenheit, sondern nur für die Zukunft aus. Die Einwilligung- und Schweigepflichtentbindungserklärung gilt für dieses Verfahren und für ein sich gegebenenfalls anschließendes Widerspruchsverfahren sowie für das Verfahren zur Durchsetzung der auf das Land übergegangenen Schadensersatzansprüche. Sie bezieht sich auch auf die während des Verfahrens eintretenden Sachverhalte und angefertigten Unterlagen.

In Kenntnis dessen entbinde ich die behandelnden und beteiligten Ärztinnen/Ärzte und sonstigen Stellen insoweit von ihrer Schweigepflicht und willige ausdrücklich in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten, insbesondere meiner Gesundheitsdaten und Daten zu meinen Einkommensverhältnissen, durch die zuständige Versorgungsbehörde für die obengenannten Zwecke ein.

Von dieser Einverständniserklärung schließe ich ausdrücklich aus:

- bitte Arzt/Ärztin, Einrichtung, Stelle, Unterlagen genau bezeichnen -

Ich weiß, dass das LASV dann nur nach Lage des Akteninhalts prüfen und dies zu einem negativen Ergebnis für mich führen kann.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers
oder der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters

Wortlaut Gesetzestexte

§ 66 SGB I – Folgen fehlender Mitwirkung

(1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.

(2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

(3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

§ 69 SGB X (Auszug) – Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben

(1) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist

1. für die Erfüllung der Zwecke, für die sie erhoben worden sind oder für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der übermittelnden Stelle nach diesem Gesetzbuch oder einer solchen Aufgabe des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, wenn er eine in § 35 des Ersten Buches genannte Stelle ist,
2. für die Durchführung eines mit der Erfüllung einer Aufgabe nach Nummer 1 zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens einschließlich eines Strafverfahrens ...

§ 76 SGB X (Auszug) – Einschränkung der Übermittlungsbefugnis bei besonders schutzwürdigen Sozialdaten

(1) Die Übermittlung von Sozialdaten, die einer in § 35 des Ersten Buches genannten Stelle von einem Arzt oder einer anderen in § 203 Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches genannten Person zugänglich gemacht worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen zulässig, unter denen diese Person selbst übermittlungsbefugt wäre.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. im Rahmen des § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 für Sozialdaten, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung übermittelt worden sind, es sei denn, dass der Betroffene der Übermittlung widerspricht; der Betroffene ist von der verantwortlichen Stelle zu Beginn des Verwaltungsverfahrens in allgemeiner Form schriftlich auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen,
2. im Rahmen des § 69 Abs. 4 und 5 und des § 71 Abs. 1 Satz 3 ...